

# Doppelt schädliche Untätigkeit bei den Subventionen

Um gewisse Branchen und wirtschaftliche Tätigkeiten zu fördern, zahlt der Staat Subventionen oder setzt andere Anreize. Manche Subventionen und Anreize zeitigen jedoch auch schädliche Wirkungen auf die Biodiversität und/oder das Klima. Der Bundesrat hat sich deshalb bereits 2012 in der Strategie Biodiversität folgendes Ziel gesetzt: «Negative Auswirkungen von bestehenden finanziellen Anreizen auf die Biodiversität werden bis 2020 aufgezeigt und wenn möglich vermieden. Wo sinnvoll werden neue positive Anreize geschaffen.»

Trotz dem klaren Bekenntnis des Bundesrats geschah danach wenig. Der Bund erstellte nicht einmal eine systematische Übersicht über die biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreize. Diese Lücke schlossen die Eidg. Forschungsanstalt WSL und das Forum Biodiversität der SCNAT mit einer Studie, die 2020 publiziert wurde (siehe Link). Die Studie identifizierte 162 biodiversitätsschädigende Subventionen und Anreize aus acht verschiedenen Sektoren wie Tourismus, Hochwasserschutz, Siedlungsentwicklung, Energie und Landwirtschaft. Die Summe der betreffenden Subventionen und Anreize beträgt, soweit quantifizierbar, 40 Milliarden Franken pro Jahr.

Mit diesen hervorragenden Grundlagen machte sich der Bund dann sofort an die

Arbeit – könnte man meinen. Aber nein: Statt sich an die Umsetzung zu machen, wollte der Bundesrat acht ausgewählte Subventionen genauer untersuchen, wovon sechs die Landwirtschaft betreffen. Der Erkenntnisgewinn aus diesen Zusatzberichten kann leider mit ihrem Umfang nicht Schritt halten. Gerade bei den Berichten, welche die Subventionen und Anreize in der Landwirtschaft untersuchten, entsteht der Verdacht, das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) habe nicht nur nach Erkenntnis-

## «Der Bund erstellte nicht einmal eine systematische Übersicht über die biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreize.»

sen zur biodiversitätsschädigenden Wirkung gesucht, sondern parallel auch gleich nach Ausreden, um möglichst nichts ändern zu müssen. So sei die Wirkung der Absatzförderung für Fleisch, Eier und Milch zwar negativ für die Biodiversität, aber nicht quantifizierbar, wir da erklärt. Der Grenzschutz führe zu Mehrproduktion im Inland und damit zu erhöhtem Artenverlustpotenzial. Der Bund will aber nicht beim Grenzschutz ansetzen, sondern bei

Massnahmen im Inland. Er will u. a. die Biodiversitätsberatung finanziell unterstützen. Die Versorgungssicherheitsbeiträge hätten nur eine kleine Wirkung auf die Intensität der Flächennutzung. Hier wollen BLW und Bundesrat deshalb nicht handeln.

Somit bezahlen wir als Gesellschaft weiterhin doppelt. Zuerst die Subventionen und dann noch die Massnahmen zum Schutz der Biodiversität, die entweder jetzt oder in Zukunft ebenfalls anfallen. Vor allem die Kosten für zukünftige Generationen werden hoch sein!

**Faktenblatt «Biodiversitätsschädigende Subventionen in der Schweiz»:**  
[bit.ly/Factsheet\\_Subventionen](http://bit.ly/Factsheet_Subventionen)



Der Geschäftsführer **Dr. Raffael Ayé** fasst hier die Haltung von BirdLife Schweiz zu politischen Fragen zusammen.

## Biodiversität im Ackergebiet ausgebremst

Im Juni entschied der Ständerat gegen 3,5 % Biodiversitätsförderflächen (BFF) im Ackergebiet. Dieses politische Trauerspiel schadet sowohl der Natur als auch der Landwirtschaft. Die Geschichte begann mit den beiden Pestizid-Initiativen. Das Parlament verabschiedete im März 2021 einen inoffiziellen Gegenvorschlag. Noch vor der Abstimmung zeigte der Bundesrat

auf, wie dieser umgesetzt werden sollte. Kernbestandteil war, dass 3,5 % des Ackergebiets als BFF bewirtschaftet werden müssen. Seither verschob das Parlament diese Regelung, die ursprünglich im Januar 2023 hätte eingeführt werden sollen, zweimal. Der Bundesrat schlug diesen Frühling eine angepasste Variante zur Umsetzung der 3,5 % Acker-BFF vor. In der Vernehmlassung wurde diese von einer grossen Mehrheit der Kantone, von IP-SUISSE und Bio Suisse unterstützt. Diese beiden Organisationen vertreten

eine Mehrheit der Landwirte der Schweiz. Einzig der Schweizer Bauernverband stellte sich dagegen. National- und Ständerat jedoch haben die 3,5 % Acker-BFF jetzt noch vor ihrer Einführung gleich wieder abgesprochen. Dieses Vorgehen wurde selbst vom Bundesrat und Winzer Guy Parmelin als Verstoß gegen Treu und Glauben bezeichnet. Leidtragende ist neben der Natur auch die Landwirtschaft, die an Glaubwürdigkeit verliert und mit einer inkohärenten Agrarpolitik umgehen muss. **RA**